

Die DDR und ihre rebellischen Kinder

Linke Opposition in der Ära Honecker

Im offiziellen Selbstverständnis der DDR war für eine innere Opposition, für eine Opposition, die aus den Widersprüchen dieser Gesellschaft erwuchs, kein Platz. So interpretierte die SED den 17. Juni 1953 als einen "konterrevolutionären Putsch", den "imperialistische Agentenzentralen" angezettelt hätten. Im autoritativen "Kleinen politischen Wörterbuch" des Dietz-Verlages hieß es 1973 unter dem Stichwort "Opposition" schlicht: "In sozialistischen Staaten existiert für eine O. keine objektive politische oder soziale Grundlage, denn die Arbeiterklasse – im Bündnis mit allen anderen Werktätigen – ist die machtausübende Klasse und zugleich die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft." Folgerichtig charakterisierte z.B. die Dienstanweisung Nr. 2/85 zur "vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit" des Ministeriums für Staatssicherheit diese Untergrundtätigkeit insbesondere durch das Ziel der "Vortäuschung bzw. Schaffung einer so genannten inneren Opposition." Und unter den daran geknüpften "grundsätzlichen politisch-operativen Aufgaben" des MfS stand an erster Stelle die "rechtzeitige Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden des Gegners, insbesondere der Geheimdienste und ihrer legalen Basen in der DDR, sowie solcher Zentren, Organisationen und Kräfte, von denen im besonderen Maße Aktivitäten zur Inspirierung bzw. Organisation politischer Untergrundtätigkeit in der DDR ausgehen (im weiteren feindliche Stellen und Kräfte), einschließlich des Zusammenwirkens äußerer Feinde und feindlich-negativer Kräfte im Innern der DDR." Da es im Lande keine objektiven Gründe für politische Konflikte geben durfte, konnte es sich bei Oppositionellen nur um ein paar Abweichler handeln, die vom westlichen Klassenfeind inspiriert waren.

Doch stimmte das harmonische Selbstbild der DDR-Oberen und ihrer Sicherheitsorgane mit der Realität nicht überein. Statt der "Übereinstimmung der Interessen der Klassen und Schichten" zeigten sich vielfältige Gegensätze und Widersprüche. Nicht alle Betroffenen waren so glaubensstark, solche Gegensätze nur der flüchtigen Welt der Erscheinungen zuzuordnen, die das gute Wesen des Sozialismus nicht berühren konnten. Manche kamen gar auf die Idee, daß in der DDR nicht die Arbeiterklasse an der Macht war, sondern vielmehr eine Politbürokratie ihre Diktatur errichtet hatte, die keinesfalls eine "Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit" darstellte, sondern umgekehrt. Die Politbürokraten gingen davon aus, daß Opposition gegen ihre Herrschaft nur einen antisozialistischen Charakter tragen könne, weil das Ergebnis ihrer Politik der einzig mögliche Sozialismus sei. Doch mit der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse hatten die neuen Verhältnisse wenig zu tun. Tatsächlich war es im Ostblock nicht soviel anders als in anderen modernen Klassengesellschaften: Es gab soziale Gruppen, deren soziale Ungleichheit durch die Stellung im Arbeitsprozeß definiert wurde und im Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion systematisch erhalten blieb. Deshalb brauchte es einen staatlichen Gewaltapparat, der nicht nur äußere Feinde zurückweisen, sondern ebenso die Bevölkerung kontrollieren sollte.

Selbstverständlich hatten Linke kein Monopol auf die Opposition in dieser DDR. Immer wieder gab es Feinde der SED und ihres Staates, die als stramme Antikommunisten gegen ihn Front machten. Und Hunderttausende gaben das Warten auf Verbesserungen oder die ermüdenden Bemühungen um Veränderungen auf und

setzten sich nur noch mit der Staatsmacht auseinander, um das Land endlich Richtung Westen verlassen zu können. Daneben aber gab es oppositionelle Strömungen, die als ihren Ausgangspunkt die Gesellschaft der DDR sahen, wie sie im Ergebnis der sozialen und politischen Umwälzungen nach der Niederlage des faschistischen Deutschland in Ostdeutschland entstanden war. Sie stellten weder die Enteignung des Kapitals noch die Kollektivierung der Landwirtschaft in Frage. Sie wollten vielmehr diese und andere Veränderungen – im Bildungssystem, in der sozialen Stellung der Frauen – zum Ausgangspunkt für eine wirklich sozialistische Entwicklung machen. Ihre positiven Bezugspunkte waren nicht die Freiheit des Weltmarktes oder eine gute alte Zeit, sondern die Kritik der linken Opposition am Stalinismus, die Diskussionen der "neuen Linken", der ökologischen und sozialen Bewegungen. In der Herrschaft der Politbürokraten sahen sie ein längst überlebtes Hindernis für einen emanzipatorischen Aufbruch einer Gesellschaft, die die Zwänge des Kapitals doch hinter sich gelassen hatte. Robert Havemann wurde bis zum Ende seines Lebens nicht müde, diese Position öffentlich zu vertreten.

Wie groß allerdings die Basis für einen sozialistischen Neuanfang war, das war schwer zu sagen. Denn die Gesellschaft der DDR trat zwar dem äußeren Betrachter gleichförmig geordnet entgegen, von innen jedoch waren viele Unterschiede zu bemerken, Spielräume zu erkennen und Grauzonen auszumessen. Es kursierten fast überall politische Witze, die den herrschenden Verhältnissen und ihren Trägern die Legitimation absprachen. Aber zugleich hatten sich viele in diesen herrschenden Verhältnissen eingerichtet. Die Mobilisierung von proletarischen Kadern zur Besetzung der Kommandohöhen der Wirtschaft war vorbei. Dafür zeigte sich die neue Staatsmacht in manchen Punkten der moralischen Ökonomie der Arbeiterklasse verpflichtet, wonach die staatliche Ökonomie ein Mittel zur "Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft" sein sollte – wer auch immer darüber entschied, was ein "gesellschaftliches Bedürfnis" war. Das Selbstverständnis der Arbeitenden in dieser Lage hat einer von ihnen klassisch, in einer auch für die DDR gültigen Weise, in der berühmten Diskussion mit dem Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, während des Wertarbeiterstreiks in Szczecin im Januar 1971 so ausgedrückt: "Wir werden arbeiten, so gut wir können, und Ihr regiert, so gut Ihr könnt." Eine merkwürdige Utopie: Eine einvernehmliche Arbeitsteilung in kommandierte Arbeit und Arbeit des Kommandierens! Deshalb waren klare politische Situationen selten, sie mussten hergestellt werden. Entweder von einer Staatsmacht, die sich sehr leicht provoziert sah, oder von Menschen, die ihren Bruch mit den herrschenden Verhältnissen und ihren Trägern nicht mehr als Privatsache behandeln wollten.

Wie in Polen bildete auch in der DDR der Wechsel von den sechziger zu den siebziger Jahren einen Wendepunkt: Die Parteiführung gab den Versuch einer Modernisierung von oben auf, ihr Exponent, Walter Ulbricht, wurde in den Ruhestand versetzt und kaltgestellt. Schon zuvor hatte die Niederschlagung des Prager Frühlings am 20. August 1968 allen Hoffnungen auf eine durchgreifende Erneuerung unter Führung der alleine führenden Partei ein Ende bereitet. Dagegen regte sich sofort auch in der DDR Protest, von Studenten, Schülern, vor allem aber von jungen Arbeitern. Der Staat antwortete auf ein paar Flugblätter, Inschriften oder ein Leninzitat an falscher Stelle mit dem Vorwurf der "staatsfeindlichen Hetze". Es wurden teils mehrjährige Haftstrafen verhängt, die einige vom ersten bis zum letzten Tag absitzen mussten.

Was nun? Es war diese Frage, die dem Stück von Ulrich Plenzdorf über "Die neuen Leiden des jungen W." seine Brisanz gab. Es konnte doch nicht immer so weitergehen.

Es wurde diskutiert im Lande DDR, gerade unter Studenten, Lehrlingen und jungen Facharbeitern. Aus diesen Diskussionen heraus bildeten sich unabhängig voneinander verschiedene, bewußt konspirative Zirkel von Studenten und Absolventen, die einen politischen Ausweg suchten. So existierte bereits seit 1973 ein "Diskutierklub" um Wilfried Ettl und Uwe Dähn, dem zu Beginn auch Nora und Bernd Gehrke angehörten. Beim Versuch, die Gruppe zu erweitern, gerieten Ettl und Dähn allerdings an einen Informellen Mitarbeiter der Staatssicherheit, der von nun an dem Staat ausführlich berichtete. Die Staatssicherheit bearbeitete die Gruppe im Operativen Vorgang (OV) "Opposition". Sie galt als gefährlich, da sie Verbindungen nach außen aufbauen konnte, so mit einem Brief an die Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien in Berlin im Sommer 1976 oder mit einem Offenen Brief an Wolf Biermann Anfang 1977. Innerhalb der DDR bestanden Verbindungen zu weiteren Gruppen in Berlin um Bernd Gehrke u.a. (OV "Dirigent") und Klaus Wolfram (OV "Kreis"), sowie nach Leipzig zum Diskussionskreis um Jürgen Jünger (OV "Taucher"). Angesichts der Zuspitzung der politischen Debatten nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns im Herbst 1976 entschied sich das MfS allerdings gegen eine strafrechtliche Verfolgung der Gruppenmitglieder. Man wollte weiteres öffentliches Aufsehen möglichst vermeiden. Statt dessen wurden die Beteiligten "zugeführt" und ihnen in langen Verhören die weitgehend erfolgreiche Überwachung ihrer Tätigkeit vor Augen geführt. Statt Verurteilungen schienen Berufsverbote ausreichend zu sein: Zwar nicht bei allen Betroffenen, sehr wohl aber bei ihrem Umfeld wirkte die Lektion. Als 1979 eine Berliner Gruppe aber Berufsverbote in Ost und West kritisierte und dafür völlig legal Unterschriften sammelte, musste die Staatssicherheit aushelfen. Sie organisierte eine Falle bei der Übergabe linker Literatur aus dem Westen brachte Thomas Klein und Jutta Braband wegen "ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" für 15 bzw. 11 Monate ins Gefängnis.

Wo immer oppositionelle Gruppen den Schritt in die Öffentlichkeit schafften, nutzte die Staatsmacht die Möglichkeiten ihres Strafrechts. So wurde Rudolf Bahro nach der Veröffentlichung seines Buches "Die Alternative" im Bund-Verlag Köln wegen "Geheimnisverrats" 1977 zu acht Jahren Haft verurteilt. Ein marxistischer Diskussionskreis in Leipzig um Heinrich Saar druckte daraufhin Flugblätter, in denen die Veröffentlichung von Bahros Buch auch in der DDR gefordert wurde. Einige schrieben "Freiheit für Bahro" an das Völkerschlachtdenkmal. Im August 1979 folgten die Verhaftungen durch die Staatssicherheit. Saar, der bereits Ende der fünfziger als "Revisionist" drei Jahre im Gefängnis gesessen hatte, bekam diesmal ein Urteil über siebeneinhalb Jahre, von denen er bis zu seinem Freikauf durch die Bundesregierung fast drei Jahre absitzen musste. Auch Bahro war nach seiner Amnestierung Ende 1979 in den Westen gegangen.

So befand sich Anfang der achtziger Jahre die linke Opposition wiederum in einer Sackgasse. Nach den Hoffnungen auf eine Reform aus der Partei heraus waren auch die Versuche zu einer selbständigen, notwendigerweise konspirativen Organisation zunächst gescheitert. Die Beteiligten zogen daraus ganz unterschiedliche Schlussfolgerungen. Mehrere verlegten sich auf eine normale Karriere in den Institutionen der DDR. Auf diesem Weg produzierte Hans Peter Krüger in seiner Habilitationsschrift einige der zentralen Momente einer Theorie der Moderne, die in Gestalt des Projektes "Moderner Sozialismus" schließlich statt einer Reform der DDR nur noch die Umbildung der SED in die PDS konzeptionell befördern konnte. Für andere stand am Ende ihrer gescheiterten Bemühungen um die eigene und anderer Leute Veränderung – freiwillig oder erzwungen – der Abgang in den Westen. Einige

wenige schließlich blieben im Lande und setzten trotz Haft und Berufsverbot ihre politische Arbeit fort.

Außerhalb des kirchlichen Rahmens war dies nur in streng konspirativen Formen möglich. So traf sich nach Beginn der 80er Jahre ohne Kenntnis des MfS eine Arbeitsgruppe von Ökonomen mit Thomas Klein, Bernd und Nora Gehrke, Stefan Fechner und Burkhard Kleinert. Sie kamen rasch darauf, daß die DDR spätestens 1984 vor einem Offenbarungseid stehen musste - was exakt der Einschätzung des Chefs der Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, entsprach. Doch statt dessen kam der Milliardenkredit aus der Bundesrepublik: Auf keinen Fall wollte sich die Bundesregierung die Kontrolle über eine Abwicklung der DDR nehmen lassen. Dafür war sie auch bereit, ein Stück weit die SED-Führung zu stützen.

Schutzräume in der evangelischen Kirche ermöglichten breitere und doch zusammenhängende Diskussionen in der entstehenden unabhängigen Friedensbewegung. Dabei vertrat sich gemeinsame Gegnerschaft zur herrschenden SED- Bürokratie und die praktische Solidarität gegenüber staatlicher Repression jeder "staatsfeindlichen" Bestrebung durchaus mit weitreichenden konzeptionellen Differenzen. Ja, die Ausformulierung der inneroppositionellen Widersprüche, ihre Diskussion in halböffentlichen, auflagenschwachen Druckerzeugnissen, zeigte schon vor 1989 Momente der angestrebten Demokratisierung des zweiten deutschen Staates an. Sie wurde nicht nur als nervender Streit erfahren, sondern als Unterschied zur umgebenden Normalität begrüßt.

Wie sehr sich diese Normalität in den achtziger Jahren wandelte, das weisen z.B. die Berichte des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung aus. Angesichts zunehmender ökonomischer Probleme – ganze Bereiche der Industrie, der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens wurden offensichtlich auf Verschleiß gefahren, nicht einmal anstehende Reparaturen waren gesichert – nahmen die Zweifel an der Perspektive des DDR-deutschen Sozialismus zu. Obwohl die DDR seit 1984 jedes Jahr zehntausende in den Westen ziehen ließ, ging die Zahl der Antragsteller auf ständige Ausreise nicht zurück, sondern stieg weiter an. Während die Sowjetunion "Glasnost" verkündete, setzte die SED-Führung die irrealen Erfolgsberichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen fort. Schließlich fragten auch brave Genossen, ob die "da oben" noch wissen, was sie tun.

Die alternativen und oppositionellen Gruppen, von denen die Staatssicherheit 1989 über 150 zählte, reagierten sehr unterschiedlich auf die raschen Wandlungen. Zwar galt noch immer für alle Strömungen, daß sie nicht "hinter das Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln zurückgehen" wollten, wie es Klaus Wolfram rückblickend beschrieb. An der Anti-IWF-Kampagne beteiligten sich 1988 nicht nur westberliner Autonome, sondern auch ostberliner oppositionelle Gruppen. Über die möglichen Perspektiven aber bestand kein Konsens.

Im Spätsommer 1989 fassten fünf Aktivisten noch einmal zusammen, wofür linke Oppositionelle in all den Jahren eingetreten waren. Sie wollten eine überfällige Klärung im oppositionellen Milieu und darüber hinaus anstoßen. Sie legendierten ihren Text, die "Böhlener Plattform", als Ergebnis eines "Treffens von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen" in jenem Ort südlich von Leipzig, der durch die benachbarten Braunkohlenschwelerei in Espenhain als ökologisches Katastrophengebiet bekannt war. Tatsächlich war das Treffen kleiner und hatte nicht in Böhlen stattgefunden, sondern in einem kleinen Dorf in Ostsachsen.

Eingangs beschreiben sie die Lage: Die fortgesetzte Herrschaft der Politbürokratie hatte nicht nur zu wirtschaftlicher Stagnation und Desillusionierung, sondern ebenso zu weitverbreiteter Passivität in der Bevölkerung geführt. Die Betrachtung der Entwicklung in Ungarn, der UdSSR und Polen verdeutlichte die Gefahren bürokratischer Reforminszenierung ebenso wie die Konsequenzen "konzeptionsloser Anleihen aus dem Arsenal marktwirtschaftlicher Regulative". Die internationale neokonservative Wende nach rechts (Thatcher, Reagan, Kohl), der Zerfall der ehemals kommunistischen Massenparteien im Westen und das Fehlen von Verbündeten in Osteuropa markierten Bedingungen, in denen trotzdem eine sozialistische Erneuerung erstritten werden sollte:

"Und doch ist die Chance da: Ein souveräner Umschwung in Richtung Sozialismus wäre heute nicht mehr militärischer Einmischung seitens 'wohlmeinender Bruderländer' ausgesetzt. Aufgrund der desolaten Wirtschaftslage ist die politische Einmischung des Westens über den Kanal der 'Wirtschaftskooperation' viel größer. Die entscheidende Frage bleibt die soziale Basis, die politische Reife und die seriöse Programmatik sozialistisch votierender Kräfte im Lande selbst."

Die Grundlage eines gar nicht minimalen, sondern recht ausführlichen linken "Minimalkonsenses" sahen sie in fünf Positionen:

- gesellschaftliches Eigentums an Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung,
- Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit,
- konsequente Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder,
- politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds,
- ökologischer Umbau der Industriegesellschaft.

Wer allerdings dieses Programm diskutieren, verändern und umsetzen sollte, das musste offen bleiben. Die Organisationsfrage könne erst nach einer inhaltlichen Klärung beantwortet werden. Als praktischen Schritt schlugen die Autoren eine gemeinsame Konferenz der Strömungen mit sozialistischer Tendenz vor. In die oppositionelle Öffentlichkeit gelangte der Text Anfang September 1989. Als die Konferenz Ende November tatsächlich zusammentrat, hatten sich das Land und damit die Funktion der "Böhlener Plattform" gründlich geändert.

Literatur:

Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989, Berlin 1992

Sebastian Gerhardt: Politbürokratie und Hebelwirtschaft in der DDR. Zur Kritik einer moralischen Ökonomie (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 45) Berlin 1997

Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999

Thomas Klein: Für die Einheit und Reinheit der Partei. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln/Weimar/Wien 2002

Thomas Klein: "Frieden und Gerechtigkeit". Die Politisierung der Unabhängigen

Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln / Weimar / Wien:
Böhlau 2007

Leonore Ansorg/ Bernd Gehrke/ Thomas Klein/ Danuta Kneip: Das Land ist still –
noch! Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989). Köln,
2009

weblinks:

www.ddr89.de/

Erstveröffentlichung: Bernd Hüttner/Marcel Bois (Hg.), Beiträge zur Geschichte einer
pluralen Linken, Heft 2, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2010